

Wie israelkritische Stimmen in Deutschland zensiert werden

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza und heute sprechen wir mit dem unabhängigen Journalisten, Wirtschaftswissenschaftler und Autor Shir Hever. Shir ist derzeit der Koordinator des Militärembargos des Nationalen Boykottkomitees der BDS-Bewegung [Boycott Divestment Sanctions]. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Shir Hever (SH): Dankeschön.

ZR: Am 27. Oktober 2022 sollten Sie bei der GEW [Bildungsgewerkschaft] in Heidelberg in Deutschland einen Vortrag zum Thema Kinderarbeit und Palästina unter israelischer Besatzung halten, der dann abrupt abgesagt wurde. Bevor wir uns mit dem Thema Kinderarbeit befassen, können Sie unseren Zuschauern zunächst erklären, was die GEW ist, und dann die Umstände schildern, warum Ihr Vortrag abgesagt wurde?

SH: Die GEW ist eine der Gewerkschaften der Lehrkräfte in Deutschland. Sie ist im Allgemeinen eine linke Organisation, die Lehrer vertritt und für das Recht auf Bildung steht und gegen Rassismus kämpft. Deshalb hat mich die Entscheidung, einen Vortrag zu zensieren, bei dem es im Grunde um die Rechte von Kindern geht, ziemlich überrascht.

ZR: Was ist konkret geschehen? Beschreiben Sie die Ereignisse.

SH: Aus meiner Sicht sind die Dinge sehr undurchsichtig, sehr plötzlich vorgefallen. Ich war für den Vortrag vorbereitet, der Vortragstext war geschrieben, und in letzter Minute bekam ich eine E-Mail von einem der Organisatoren der lokalen Gruppierung hier in Heidelberg, in der es hieß, die Veranstaltung sei abgesagt, ohne Erklärung, ohne irgendetwas. Später habe ich herausgefunden, dass der Brief auch an andere Leute geschickt wurde, aber diesen teilte man mit, dass man offen für eine Diskussion und Fragen diesbezüglich sei. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, können Sie mich fragen. Dieses Angebot machte man mir jedoch nicht, und das zeugt meiner Meinung nach von einem gewissen Maß an Feigheit. Ich denke,

der Verfasser dieser Nachricht war und ist sich bewusst - sein Name ist Frank Orthen -, dass ich Jude bin und dass es natürlich umstritten ist, jüdische Stimmen in Deutschland zum Schweigen zu bringen, aber er hat sich dennoch zu diesem Schritt entschlossen. Als Menschen, Freunde und Kollegen sich an die GEW wandten und fragten, warum die Veranstaltung im letzten Moment abgesagt wurde, antwortete die GEW auf Landesebene, die ihren Sitz in Stuttgart hat, dass sie einen vertraulichen Brief vom Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg erhalten habe; das ist das Bundesland, in dem ich lebe, in dem Heidelberg und auch Stuttgart liegt. Und in diesem vertraulichen Brief wurde empfohlen, die Veranstaltung abzusagen. Natürlich haben sie nicht den Inhalt des Briefes bekannt gegeben. Ich finde, es ist eine sehr interessante Art und Weise, wie jemand, der ein Beamter des Staates ist, der seine Bezahlung vom Land Baden-Württemberg erhält, Briefe verschickt und Leute beschuldigt - man kann nur vermuten, dass er für Antisemitismus zuständig ist, was er den Leuten vorwirft, ohne irgendeine Art von Transparenz. Und die GEW weigerte sich, diesen Brief mit mir zu teilen, und beschloss einfach, dass die Veranstaltung abgesagt wird. Das war eine sehr problematische Position für die GEW. Viele Menschen waren verärgert, als sie davon erfuhren, darunter auch viele GEW-Mitglieder, viele Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Leben der Erziehung von Kindern widmen. Sie sind sehr gegen die Ideen von Rassismus und Antisemitismus. Sie verurteilen diese willkürlichen und intransparenten Entscheidungen der Verantwortlichen. Es wurden viele Protestbriefe verfasst. Ich glaube, Hunderte von Protestbriefen sind bei der GEW hier in Heidelberg und in Stuttgart für die Landesebene eingegangen. Daraufhin begannen sie ihre Geschichte zu ändern. Sie erklärten: Wir haben die Befürchtung, dass der Redner Dinge sagen könnte, die nicht der Position der GEW entsprechen. Das verdient etwas mehr Aufmerksamkeit, denn die GEW führt fast jede Woche Veranstaltungen zu vielen verschiedenen Themen durch. Das Thema Kinderarbeit ist tatsächlich eines ihrer bevorzugten Themen. Die GEW hat mehr als 100 Länder, in denen sie über Kinderarbeit berichtet, und sie verlangt von ihren Vortragenden nie, dass sie sich an bestimmte Regeln halten, und übernimmt die Verantwortung für jedes Wort, das einer dieser Vortragenden sagt, und es gibt Hunderte von Veranstaltungen. Ich meine, wenn ihre Position die ist, dass, wenn sie Bedenken haben, dass ein Redner etwas sagen könnte, was nicht ihrer Politik entspricht, dann bedeutet das, dass jede Veranstaltung der GEW vollständig der Linie und Vorstellung ihrer Organisation entspricht. Und das ist natürlich undemokratisch und antiliberal. Und somit ist das ein andauernder Skandal, der von der Presse aufgegriffen wird. Eine Zeitung hat bereits einen Bericht veröffentlicht, aber auch andere Zeitungen werden noch Artikel veröffentlichen. Höchstwahrscheinlich wird es auch zu einem Gerichtsverfahren kommen. Und wir werden sehen, was passieren wird, denn ich denke, dass die Zensur in Deutschland ein ernstes Problem darstellt, vor allem, wenn es um Palästina geht, vor allem, wenn es sich bei den Rednern um Juden handelt, die nicht die gewöhnliche Position vertreten, die man von Juden in Deutschland erwartet; als müssten alle Juden dieselbe politische Meinung haben. Sollte davon abgewichen werden, dann greift die Zensur ein. Das ist eines der Hauptprojekte dieses Antisemitismusbeauftragten in Baden-Württemberg, er heißt Dr. Michael Blume, wobei er schon viele Veranstaltungen absagen hat lassen. Und er führt diese Linie fort. Nur wenn sich dagegen aufgelehnt wird,

und die Inakzeptabilität erklärt wird, kann dies beendet werden.

ZR: Wie kann die von Ihnen erwähnte Person für Antisemitismus, Herr Blume, für Antisemitismus zuständig sein? Denn für mich klingt es so, als würde er eine jüdische Stimme zensieren und sich meiner Meinung nach selbst antisemitisch verhalten. Wie beurteilen Sie das als Jude? Haben Sie das Gefühl, dass dies an Grenzen des Antisemitismus stößt?

SH: Wir wissen nicht, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht. Und mir ist nicht bekannt, ob er Juden verabscheut oder ob es nur ein Zufall ist, dass viele der Opfer seiner Unterdrückung zufällig Juden sind. Aber ich glaube, dass er, wie viele andere oder ich würde sagen, fast alle für Antisemitismus zuständigen Beamten in Deutschland, einschließlich desjenigen auf Bundesebene, Dr. Felix Klein, zutiefst christliche Menschen sind. Sie sind evangelische Christen. Und sie fördern ihre Religion als politische Linie. Sie werden in diese Position berufen, weil sie eine pro-israelische Politik vertreten. Die Regierungen, ob auf Landes- oder Bundesebene, halten es also für eine gute Idee, eine fanatische pro-israelische Person in dieses Amt zu berufen, weil sie nicht zwischen Juden und dem Staat Israel unterscheiden können. Nicht zwischen den Juden und dem Staat Israel zu unterscheiden, ist bereits antisemitisch. Das ist also das Problem. Das Problem liegt im System selbst, nicht in der Meinung der einen oder anderen Person. Michael Blume selbst ist ständig mit den vielfältigen Meinungen der Juden in Deutschland konfrontiert. Mit der Tatsache, dass viele Juden in Deutschland die BDS-Bewegung unterstützen, sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen und den Staat Israel und die Verbrechen, die der Staat Israel begeht, sehr scharf kritisieren. Und das kann er nicht dulden. Das verletzt auf einer gewissen Ebene sein Weltbild. Und so hat er die Organisation, in der ich Mitglied bin, die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, eine deutschlandweite Organisation deutscher Juden, er hat uns angebliche Juden auf seinem Twitter-Account bezeichnet, denn wenn Juden eine Meinung äußern, die nicht in sein Weltbild passt, dann sind sie vielleicht keine richtigen Juden. Und ich denke, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland oder die jüdischen Organisationen in Deutschland, es gibt eine Organisation die sich Zentralrat der deutschen Juden nennt, eine sehr problematische Organisation - wer hat jemals davon gehört, dass Juden ein Zentralkomitee und eine zentrale Führung haben? So funktionieren jüdische Gemeinden nicht. Aber diese spezielle Organisation ist ebenfalls äußerst pro-israelisch. Sie neigen also zur Unterstützung der christlichen Offiziere, die angeblich den Antisemitismus bekämpfen; allerdings nicht sehr effektiv. Aber ich denke, dass sich dies ändern kann, denn im Moment sind wir in einer Situation, in der wir, wenn der Zentralrat der Juden etwas sagt, das pro-israelisch ist, alle sagen können: Das glaube ich euch nicht. Woher soll ich wissen, dass das wirklich die Meinung des Zentralrats ist? Wenn man etwas Gegenteiliges sagen würde, würde man zensiert werden. Als Jude kann man also nur eine Ansicht äußern. Wenn man nur das äußert, was man sagen darf, woher soll man dann wissen, dass das aufrichtig ist? Das ist ein Angriff auf alle deutschen Juden, nicht nur der Linken oder Kritiker. Es ist ein Angriff auf uns alle.

ZR: Es scheint mir, als würde man versuchen, die Tatsache zu verbergen, dass es sich um eine politische Weltanschauung handelt, wie Sie gerade angedeutet haben. Denn wenn Antisemitismus vorläge, nur um das in den Raum zu stellen, dann würden sie die Gründe dafür transparent darlegen. Wir haben gesehen, wie eine große Kunstveranstaltung in Deutschland abgesagt wurde, und die Begründung war ziemlich transparent. Manche Leute sind damit nicht einverstanden. Aber in Ihrem Fall, und darauf möchte ich mich konzentrieren, werden die Gründe nicht unmittelbar dargelegt. Es ist nicht transparent. Es wird nicht einmal erwähnt, dass es sich um eine politische Angelegenheit handelt. Es geschieht alles im Hintergrund. Angesichts dieser ganzen Tragweite, können Sie sich diesem Thema unter dem Aspekt der Pressefreiheit und der politischen Unterdrückung nähern?

SH: Eine sehr gute Frage, wie ich finde. Vor kurzem habe ich vor einem deutschen Publikum einen Vortrag gehalten, der nichts mit Palästina und nichts mit Antisemitismus zu tun hatte. Es ging um die Geschichte der Vereinigten Staaten. Als ich auf die 1950er Jahre und Joseph McCarthy zu sprechen kam, hatte niemand etwas von Joseph McCarthy gehört. Der Wissensstand in der deutschen Öffentlichkeit über den McCarthyismus ist sehr gering. Zudem denke ich, dass viele Deutsche, die jahrzehntelang politische Unterdrückung und Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, erlebt haben, noch Erinnerungen an diese Zeit haben, denn die DDR ist erst vor 30 Jahren zusammengebrochen. Dennoch ist dies nicht Teil des Diskurses in Deutschland. Und ich denke, die Menschen sollten sich nicht nur daran erinnern, dass Joseph McCarthy dieses sehr repressive System der Schuldzuweisung und der Andeutung, dass jemand Ideen haben könnte, die nicht akzeptabel sind, benutzte, um diese Personen zum Schweigen zu bringen, um sie dazu zu bringen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ihre Freunde, Kollegen, Familienmitglieder ebenfalls illegaler oder illoyaler Ansichten zu verdächtigen und sie ebenfalls ihren Arbeitsplatz verlieren und zum Schweigen gebracht werden. Diese Art von McCarthyismus wurde in den Vereinigten Staaten besiegt, aber nicht von den Linken. Er wurde von einer sehr starken liberalen Gesellschaft besiegt. Es waren tatsächlich Journalisten, die sich zusammenschlossen und sehr lautstark gegen Joseph McCarthy protestierten, indem sie erklärten, man könne keine politische Debatte führen, wenn ein Regierungsvertreter behauptet, dass jeder, der eine unerwünschte Meinung vertritt, ein heimlicher Kommunist ist. Oder dass es illegal wäre und sein sollte, Kommunist zu sein. Und McCarthy hatte keine rechtliche Befugnis, Leute zu verhaften, er war lediglich ein Senator. Er verfügte über Untersuchungsausschüsse, und er stellte folgende Frage: Sind Sie bereit, bei unseren Ermittlungen zu kooperieren und uns zu sagen, ob Sie Mitglied der Kommunistischen Partei waren oder jetzt sind? Und sind Sie bereit, uns von anderen Personen zu erzählen? Und das ist sehr ähnlich zu dem, was Michael Blume und die anderen Antisemitismusbeauftragten tun. Denn sie verschicken diese Briefe - ich habe den Brief, der sich auf mich bezieht, nicht gesehen, aber ich habe Briefe gesehen, die sich auf andere Personen beziehen - und Blume stellt die Frage: Können wir sicher sein, dass diese Person keine Ansichten zur Unterstützung von BDS äußern wird? Können wir sicher sein, dass diese

Person Israel nicht als Apartheidstaat bezeichnen wird? Und damit impliziert er, dass diese Dinge nicht legitim sind. Natürlich sind dies völlig legitime Meinungen. Sie werden von sehr wichtigen Menschenrechtsorganisationen in der ganzen Welt vertreten, von den größten, und in Israel und natürlich in Palästina. Aber er vergiftet auch die politische Debatte. Und das ist sehr gefährlich. Und ich denke, liberale Denker in Deutschland, egal ob sie zugunsten Israels oder zugunsten Palästinas sind, wenn sie diese Art von Zensur tolerieren, dann wird es in Deutschland keine freie Presse mehr geben.

ZR: Es handelt sich um eine andauernde Verfolgungspraxis in Deutschland, und nach meiner Beobachtung haben Journalisten hier wenig bis gar nichts getan. Sind Sie wirklich so optimistisch, dass die liberale Gesellschaft in Deutschland und Journalisten dieses Thema ernst nehmen werden? Wir beobachten ähnliches im Fall von Julian Assange. Er bekommt nicht die gleiche Berichterstattung wie zum Beispiel Alexej Nawalny. Außerdem erleben wir, dass, wenn wir über Israel sprechen, der Rahmen der Artikel - ich spreche über die israelische Apartheid und die Besatzung. Die Berichterstattung über dieses Thema wird nur von linken Organisationen oder unabhängigen Medienorganisationen wie uns übernommen. Sind Sie wirklich so optimistisch, dass ein Umdenken in Deutschland stattfinden wird?

SH: Ich bin durchaus optimistisch. Aber ich denke, dass jeder in Deutschland, jeder Einzelne von uns, den palästinensischen Freiheitsbestrebungen dankbar sein muss. Denn die Tatsache, dass sich die politische Hauptströmung in Deutschland jetzt sehr pro-israelisch und sehr anti-palästinensisch verhält, einen Wandel bewirken wird. Ein Großteil des antipalästinensischen Rassismus wird in Deutschland einfach als Teil des Konsenses akzeptiert. Aber das unterliegt Veränderungen, weil es den Palästinensern gelingt, der Welt zu zeigen, welche Verbrechen an ihnen begangen werden. Einer nach dem anderen ändern die Staaten auf der ganzen Welt ihre Haltung. Kürzlich gab es eine Abstimmung in den Vereinten Nationen, in der gefordert wurde, dass Israel vom Internationalen Strafgerichtshof für das Verbrechen der illegalen Besatzung zur Rechenschaft gezogen werden soll. Das ist ein sehr wichtiger Wandel in der Wahrnehmung der Besatzung, dass sie gemäß der Vierten Genfer Konvention nicht mehr legal ist, solange Israel diese Konvention respektiert. Inzwischen heißt es nämlich, dass man sie nach so vielen Jahrzehnten nicht mehr als vorübergehend bezeichnen kann. Die Ukraine hat für die Resolution gestimmt. Deutschland stimmte jedoch dagegen. Deutschland ist jetzt Teil einer sehr kleinen Minderheit von Ländern, darunter Ungarn, Italien, das jetzt eine rechtsextreme Regierung unterhält, und die Vereinigten Staaten. Diese Länder gehören zu einer sehr kleinen Gruppe von pro-israelischen Ländern, die eine rechtsextreme Politik unterstützen. Und immer mehr Länder auf der ganzen Welt ändern ihre Haltung und erklären, dass sie das nicht länger tolerieren können. Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Deutschen irgendwann einsehen werden, dass es eine Grenze gibt, bis zu der sie bereit sind, für eine pro-israelische Position einzustehen, die so blind und losgelöst vom Rest der Welt ist. Wenn wir konsequent für die Menschenrechte eintreten wollen, dann müssen wir die Freiheit der Palästinenser unterstützen, und wir können nicht länger progressiv sein, solange es nicht auch um Palästina geht. Und wenn das eintritt, wird

sich die ganze Zensur palästinensischer Redner in Deutschland plötzlich als extrem rassistisch und problematisch erweisen. Und ich denke, das wird ein Schlüsselmoment für die Liberalität und Meinungsfreiheit in Deutschland sein.

ZR: Lassen Sie uns nun auf das Thema eingehen, über das Sie einen Vortrag halten sollten. Und ich weiß, dass Sie diesen Vortrag hier nicht in voller Länge halten können, aber könnten Sie kurz über Kinderarbeit in Palästina unter israelischer Besatzung sprechen und warum Sie es für wichtig halten, dies in Deutschland zu thematisieren?

SH: Dieses Thema liegt mir sehr am Herzen, denn nach meiner eigenen Beobachtung, der Feldforschung, die ich durchgeführt habe, ist es etwas, das man nicht ignorieren kann. Man kann es nicht ausblenden. Es passiert überall um einen herum. Und es wird nur sehr wenig darüber berichtet. Human Rights Watch hat 2015 einen sehr ausführlichen Bericht geschrieben. Das ist bereits sieben Jahre her. Aber wie Menschenrechtsorganisationen arbeiten, ist bekannt. Sie gehen zum nächsten Thema über. Und sie haben keine Folgemaßnahmen ergriffen. Und letztes Jahr hat das US-Außenministerium tatsächlich einen Bericht über Kinderarbeit in Palästina geschrieben. Aber sie interessieren sich nur für das Westjordanland, weil ihrer Logik zufolge Kinder, die im Gazastreifen leben, weil sie die Regierung im Gazastreifen, die Hamas-Regierung, nicht anerkennen und die Hamas-Partei als terroristische Organisation bezeichnen, keine Rechte haben und dass es keine Rechenschaftspflicht für diese Rechte geben sollte. Und das ist ein schwerwiegendes Versäumnis. Nicht die Kinder tragen die Schuld an der Hamas-Regierung. Ich denke, das ist etwas, das ein wenig aus unserer Perspektive gerät. Viele Familien im Westjordanland, im Gazastreifen und auch innerhalb Israels, viele palästinensische Familien haben keine andere Wahl, als ihre Kinder zum Arbeiten zu schicken. Da die Familien nicht in der Lage sind, sich selbst ausreichend zu ernähren, können die Kinder nicht zur Schule gehen. Und wegen des Sicherheitsapparats, der Kontrollpunkte, die die Bewegungsfreiheit verhindern, sind manchmal Kinder unter 16 Jahren die einzigen, die sich fortbewegen können. Und jeder ist sich dessen bewusst. Einmal besuchte ich eine Fabrik, eine Verpackungshalle im besetzten Westjordanland, die zu einer illegalen Siedlung gehörte. Ich beobachtete die Leute, die dort arbeiteten, und sie erlaubten mir, die Fabrik zu betreten. Das war damals nicht das Thema meiner Forschung, aber ich bemerkte, dass einige der Arbeiter in der Verpackungshalle sehr jung zu sein schienen, und das sah für mich nicht stimmig aus. Und dann habe ich mich an eines dieser Kinder gewandt und gefragt: "Wie alt bist du?" Und sobald ich das tat, leerte sich der Raum. Alle Kinder verschwanden, weil sie wussten, dass dies illegal war. Sie wussten, dass der Arbeitgeber damit vertraut war. Der Arbeitgeber erklärte ihnen, wenn irgendjemand fragen würde, müssten sie sofort verschwinden, damit niemand einen Bericht über Kinderarbeit in dieser Fabrik schreiben würde. Und das war ein Schock für mich, muss ich sagen.

ZR: Lassen Sie uns an dieser Stelle über die Wahlen in Israel sprechen, die Anfang November stattgefunden haben. Es waren die fünften Wahlen in weniger als vier Jahren. Und

Benjamin Netanjahu ist trotz laufender Korruptionsvorwürfe als Ministerpräsident an die Macht zurückgekehrt. Können Sie das Ergebnis der Wahl kommentieren?

SH: Zum Ausgang der Wahl gibt es viel zu sagen, aber wir alle haben gehört und erlebt, dass es sich hier um sehr rechte Politiker handelt, um sehr rechtsgerichtete Parteien, die eigentlich zu Parteien gehören, die in Israel als Terrororganisationen verboten waren, die jetzt beschönigt werden und zum ersten Mal in der Knesset und wahrscheinlich in der Koalition sein dürfen. Und es sieht so aus, als ob sie sehr wichtige Verantwortungsbereiche übernehmen werden. Das ist also etwas, das viele Menschen schockiert. Für mich ist es nicht schockierend. Ich konnte diesen Trend sehr deutlich vorhersehen. Aber ich denke, dass einer der Hauptgründe dafür darin liegt, dass die internationale Gemeinschaft es versäumt hat, zu handeln. Viele Israelis verstehen, dass der Staat Israel auf ethnischer Säuberung aufgebaut ist. Sie wissen, dass es sich um eine Apartheid handelt. Das ist ihnen bewusst. Sie sprechen nicht gerne darüber, aber sie wissen es. Und sie wissen, dass die so genannten linken Parteien oder die liberalen zionistischen Parteien diese Politik immer unterstützt haben. Aber sie versuchten, es zu beschönigen, und sagten immer: Israel ist ein jüdischer Staat, aber es ist auch ein demokratischer Staat. Und man hat verstanden, dass dies ein Widerspruch ist. Man kann nicht wirklich beides miteinander verbinden. Aber es ist schön, der Welt das Gesicht des Staates Israel als eine Art halb-europäischer Staat im westlichen Stil zu zeigen, der vorgibt, eine Demokratie zu sein. Das hat in den internationalen Beziehungen keinen Unterschied gemacht, denn obgleich jeder hinter die Maske schauen kann, unterstützen Länder wie Deutschland Israel weiterhin zu 100%. Und es spielt keine Rolle. Es spielt keine Rolle, dass die Apartheid nach den Konventionen von Rom illegal ist. Es spielt keine Rolle, dass die Besatzung seit mehr als fünf Jahrzehnten andauert. Die deutsche Regierung wird weiterhin den Staat Israel unterstützen, egal was passiert. Und die Israelis fragen sich, warum sie dann für diese Verschleierung stimmen sollen? Warum sollten sie diese liberalen zionistischen Parteien wählen und nicht einfach die Kandidaten wählen, die ganz offen sagen, was sie denken, und ganz offen die Deportation der nichtjüdischen Bevölkerung, der arabisch-palästinensischen Bevölkerung, fordern, um einen reinen jüdischen Staat zu schaffen. Das ist eine blutrünstige Politik. Selbstverständlich ist das sehr beängstigend. Aber es wird nur offen ausgesprochen, was bereits seit vielen, vielen Jahren von allen israelischen politischen oder zumindest von allen israelischen zionistischen Parteien akzeptiert wurde. Und Netanjahu ist ein Populist. Eines der wichtigsten Merkmale von Populisten ist, dass sie diese Dinge an die Öffentlichkeit bringen und es wagen zu sagen: Seht her, ich werde offen aussprechen, was alle schon immer gedacht haben. Wagt ihr es, euch gegen mich zu stellen? Und ich werde alle inneren Widersprüche in eurer bisherigen Position aufdecken. Genau dasselbe tat Trump, und genau dasselbe tun auch andere Leute. Netanjahu ist einfach nur sehr geschickt darin. Deshalb ist es auch nicht überraschend, dass er gewonnen hat.

ZR: Sie sprachen über die rechtsextreme Koalition, die Netanjahus Regierung bildet. Wie wird sich diese politische Konstellation auf die Palästinenser auswirken? Ich spreche von Apartheid, ich spreche von den Auswirkungen auf Gaza in der Zukunft.

SH: Zwei Dinge sind hier widersprüchlich. Einerseits war Netanjahu schon immer ein Hund, der bellt, aber nicht beißt. Er drohte damit, in den Gazastreifen einzumarschieren, aber während seiner Zeit als Premierminister marschierte er nur einmal mit Bodentruppen ein und bemühte sich, dies so weit wie möglich zu vermeiden. Er kündigt immer wieder einen Angriff an, unternimmt ihn aber praktisch nie. Er versprach auch, gegen den Iran in den Krieg zu ziehen, was er zum Glück nicht getan hat. In dieser Hinsicht gibt es also vielleicht einen Grund zur Hoffnung. Eine andere Sache ist, dass die Siedler, die Palästinenser in den Dörfern im Westjordanland sehr brutal angreifen, und diese Angriffe als Protest gegen die Regierung rechtfertigen, die sie für eine linksgerichtete Regierung halten. Wenn nun dieselben Siedler an der Regierung beteiligt sind, wie können sie dann gegen die Regierung protestieren? Sie haben also keinen Grund, Pogrome im Westjordanland zu verüben. Aber bevor ich hier zu viel Optimismus verbreite, ist es wichtig zu verstehen, dass der andere Teil des Ganzen auch die Frage beinhaltet, die sich die Siedler selbst stellen: Wie viel kann ich mir erlauben, bevor das israelische Militär mich stoppt? Und das israelische Militär gewährt den Siedlern in der Regel einen großen Spielraum. Sehr selten wird eine Untersuchung eingeleitet, wenn Siedler Palästinenser töten, gelegentlich tun sie es aber doch. Und die Siedler wissen, dass sie nicht einfach mit einer automatischen Waffe losziehen und so viele Menschen töten können, wie sie wollen, denn es gibt gewisse Grenzen. Aber mit diesen rechtsextremen Siedlern in der Regierung, vielleicht sogar im Verteidigungsministerium, und wenn nicht im Verteidigungsministerium, dann im Ministerium für öffentliche Sicherheit, das so etwas wie das Polizeiministerium ist, wird das niemand verhindern. Und auch das ist sehr beängstigend. Das müssen wir also auch im Auge behalten. Es reicht nicht aus, nur zu hoffen, dass sie derzeit keinen Grund für einen Angriff haben, denn viele von ihnen werden mit oder ohne Grund einen Angriff tätigen.

ZR: Dr. Shir Hever, unabhängiger Journalist, Wirtschaftswissenschaftler und Autor, vielen Dank für Ihre Zeit.

SH: Vielen Dank.

ZR: Und ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Vergessen Sie nicht, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren und unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten und zu spenden, damit wir weiterhin gemeinnützige Nachrichten und Analysen produzieren können. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE